

Wegzettel
Die Halle besteht aus 2,50 M., die
einmalige Befestigung 2,75 M., durch
die Post 3 M., monatlich 2 M.,
einmalig 1 M., ohne Befestigung.
Befestigung werden von allen Kriegs-
polkassen angenommen.
Nr. 5592 des amt. Zeit.-Verz.
Alle die Redaktionen verantwortlich:
Dr. Ernst Schulze in Halle.
[Verantwortliche Verbindung mit Berlin, Weitzel, Magdeburg etc.
Anfangs-Nr. 176.]

Saale-Reitung.

Anzeigen
werden die Spalte oder deren Raum
mit 20 Pf., solche aus Halle mit
15 Pf. berechnet und in der Expedition,
von untern Annahmestellen und allen
Kameralen Expeditionen entgegen
genommen die Stelle 60 Pf.
Erhalten werden nicht:
Sonntags und Montage einmal,
sonst zweimal täglich.
[Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gesichert.]

Nr. 214.

Halle a. d. Saale, Montag den 9. Mai

1898.

Deutsches Reich.

Sofa- und Personalnachrichten.

Berlin, 8. Mai. Der Kaiser und die Kaiserin sind mit dem Prinzen Joachim und der Prinzessin Luise Viktoria gestern nachmittags gegen 7 1/2 Uhr in Sturz eingetroffen. Zum Empfangen sind dem Kaiser die Kommandierende General der 16. Armeebrigade Graf Hiesler, Reichspräsident v. Hammerstein, Kreisdirektor v. Gumbach und der Bürgermeister anwesend. Vom Bahnhofe aus fuhren die Majestäten in offenem Wagen nach Uxelle, von dem Publikum mit herzlichen Grüßen begrüßt. Seine Vormittag besuchten die Majestäten den Gottesdienst in der evangelischen Kirche und unterzogen sodann einen Spaziergang. Am Freitag Vormittag ist die Befestigung von acht Bataillonen der Garnison auf dem Garnisonplatze von Prestiten in Aussicht genommen. Nachmittags sollen die Kadettkavale von Weg und andere Banwerke in Augenschein genommen werden. Das Alter wird der Kaiser beim Besichtigungsbesuche in Sommerfeld einnehmen. Amends 9., Uhr findet ein großer Kompositionsspektakel statt. Der Kaiser geht bis 10 Tage auf Schloss Krülow zu verweilen und sodann dem Entschlafenen zu Hohenlohe-Weingarten in Strönging einen Besuch abzustatten. Am 18. Mai wird der Kaiser persönlich den Preussischen Landtag schließen.
Prinz Heinrich von Preußen wird mit zwölf Offizieren am 18. Mai in Weimar erwartet. Einem der deutschen Kriegskräfte wird auf der Höhe von Lützen anstehen.
Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Griechenland sind gestern nachmittag mit den Prinzen Georg und Alexander und der Prinzessin Helena auf Schloss Friedrichshof bei Kronberg eingetroffen.
Nach einer Meldung aus Rom empfing der Papst gestern den Großherzog von Sachsen-Weimar.
Die Großherzogin von Mecklenburg-Stralitz und die Herzogin von Anhalt sind am Freitag in Berlin eingetroffen.

Die Thronrede und der Kaiserthron.

Weder in der Thronrede noch in dem Toast, den der Kaiser bei dem Reichstagsantritt auf das deutsche Volk ausgebracht hat, ist die „Sammlung“ auch nur mit einer Silbe erwähnt.
Die „Hamb. Nachr.“ bemerkt:
„Das in der Thronrede kein Wort zu Gunsten der Politik der Sammlung gelangt wird, bedeutet wir und befrachten, daß sich diese Unzufriedenheit bei den Wahlen rächen wird.“
Das sieht nun danach aus, als ob die Politik der Sammlung auf eigenen Beinen stehen sollte. Die „Hamb. Nachr.“ würden es auch für zweckmäßig gehalten haben, wenn die Thronrede den Kampf gegen die Sozialdemokratie proklamieren hätte. Die Niederwerfung der Unzufriedenheit sei bei unseren deutschen Beschäftigten nur dann möglich, wenn die Regierung offen die Führung übernehme und energisch vorgehe. Wenn diese Absicht nicht bestände, sei es jedenfalls besser, Anklagen und Aufforderungen (zum Kampfe) zu unterlassen. Unzufrieden ist das Schweigen der Thronrede hinsichtlich der Haltung, welche Graf Bismarck in diesen Tagen im Reichstag, wie es scheint, auf eigene Faust eingenommen hat. — Einer Betrachtung der „Frankf. Hg.“, die sich mit dieser Angelegenheit befaßt, entnehmen wir noch folgende Stelle:
„Wenn der Kaiser in seinem Teinterspruch die Wohnung anzuweisen, jeder solle mit dem eigenen Herzen für das Reich die Wahl abgeben, so gewinnt diese Wohnung erst dann den richtigen Sinn, wenn die Erkenntnis zum Ausdruck gelangt, daß nicht einseitig durch Eintraten für Herr- und Hottensforderungen das Volk des Reiches gewahrt wird, und noch weniger durch Begünstigung agrarischer Sonderinteressen zum Schaden der Gesamtheit, wie sie sich gerade die Regierung hat zu schaden kommen lassen und durch die gewährte agrarische Sonderpolitik in noch höherem Maße bereichern will. Das Volk des Reiches wird auch wahrhaftig nicht gewahrt, wenn man an Stelle einer erweiterten sozialen Fürsorge durch freie enquete Verträge eine Ausnahmegebührende und Beschränkung der Sozialfreiheit und der allgemeinen politischen Freiheit die Ausnahmestellung festsetzt, am allerwenigsten aber durch Abstände auf das Reichslandwirtschaft, wie sie in Regierungskreisen nach den neuerlichen Berichten darüber geplant sind.“

Der konservative Wahlspruch.

X. Ein wahres Minister politischer Dummheit, so schreibt man uns, ist der Wahlspruch der deutschkonservativen Partei, der die Unzufriedenheit des Herrn v. Mantuffel-Erfaffen trägt. Der Wahlspruch beginnt schon mit einem Verzicht, die Wähler irre zu führen.
„Nicht ausschließlich wirtschaftliche Fragen, stellt man da, sind es, welche bei den Wahlen der Reichstagsabgeordneten in Betracht kommen.“
Welche andere Fragen sind es denn nun, welche den Wähler in den „Erwägungen unserer Staatsformen“, von wahren Christen und dem monarchischen Staatsform, von „christlicher Lebensanschauung“, Verfassungsmäßigkeit und von dem Eintraten für die „volle Anerkennung des Volkes zu Wasser und zu Lande“ die Rede. Allerdings haben die Deutschkonservativen in letzter Zeit für das Militärrecht von 1893 gestimmt, aber doch erst, nachdem sie Himmel und Erde in Bewegung gesetzt hatten, das Recht zu Fall zu bringen, weil es die zweiwöchige Dienstzeit einführte. Noch im letzten Augenblick hatten sie gehofft, das Scheitern des Gesetzes herbeizuführen, indem sie die Aufnahme der Bestimmung ablehnten, daß die zweiwöchige Dienstzeit endgültig gesichert werde, und dadurch diejenige Freistimmung, die ihre Zustimmung von dieser Sicherung abhängig gemacht hatten, zu zwingen, sich mit der probieren Einführung der kürzeren Dienstzeit zu begnügen, um das Mandat der Reaktionsäre zu durchbrechen. Für die deutschkonservative Politik der letzten fünf Jahre sind wirtschaftliche Fragen ausschließlich maßgebend gewesen. Mit der sanitischen Dummheit, die dem Grafen Kautz eigen ist, konsolidierte er am 14. April 1894 die Verfassung des Handelsvertrages mit England, seine Partei

oder wenigstens die Mehrheit derselben habe in der 3. Beratung des Etats „gegen eine von dem Herrn Kriegsminister als dringlich bezeichnete Forderung gestimmt.“ Er wolle hervorheben, daß es das erste Mal war, daß konservative Abgeordnete in größerer Zahl eine solche im Ordinarium des Etats stehende Forderung abgelehnt haben.
„Wir, für die Redner fort, haben aber die Forderung abgelehnt lediglich mit Rücksicht auf die Finanzpolitische Lage, wie sie durch die neuen Handelsverträge geschaffen wird. ... Ich bitte, daraus keine Schlüsse auf die Zukunft zu ziehen; wenn diese Handelsverträge einmal außer Kraft sein werden — und ich für meine Person hoffe, daß dies vor Ablauf von zehn Jahren geschehen wird — dann werden wir auch wieder zu jedem Opfer für unsere Wehrkraft bereit sein.“
Weiterhin kündigte er an, im Abgeordnetensause werde die dort vorgelegte Kanalvorlage von ihm persönlich aus dem gleichen Gründen und abgelehnt werden, was ja auch geschehen ist. Unter der „Finanzlage“ aber verstanden die Konservativen die Herabsetzung der Getreidezölle! Und was die Flottenvorlage betrifft, so war es beinahe wieder ein Mitglied der deutschkonservativen Fraktion, der Rittergutsbesitzer v. Werder-Schwarzhorn, der die Parole ausgab: „Rein Kautz — keine Schlüsse.“ Der konservative Wahlspruch weiß von allen diesen Dingen nichts. Er versichert, für die konservative Partei sei das Eintraten für die neue Forderung des Volkes zu Wasser und zu Lande eine unerschütterliche Bedingung für die deutsche Machtstellung und für die Erhaltung des Friedens in ganz Europa! Die Sache liegt so, daß die deutschkonservativen Politiker einer Regierung, die ihnen die gegenwärtigen hohen Getreidepreise für die Dauer garantieren wollte, alles, was an politischen Rechten im Deutschen Reich vorhanden ist, mit Vergnügen preisgeben würden. Inzwischen hat es bisher an einer Regierung gefehlt, die hierfür genug gewesen wäre, den Konservativen zuliebe Brotkrumen zu streuen.

Ein Ausnahmefall?

Ueber die Erklärung des Grafen Bismarck, daß ein Ausnahmefall gegen die Sozialdemokratie „zur Zeit“ und „gegenwärtig“ nicht in Aussicht stehe, wird dem „Hamb. Nachr.“ aus Berlin geschrieben:
„Man kann man sich allerdings in der Politik nicht für alle Ereignisse festlegen, aber aus Gründen mit Personen, die zur Umgebung des Reichskanzlers gehören zu Hohenlohe gehören, haben wir den bestimmten Eindruck gewonnen, daß der Herr Reichskanzler sich für die neue Forderung des Volkes zu Wasser und zu Lande einseitig entschieden hat, und die revolutionären Elemente in der Sozialdemokratie für die Partei als solche festlegen und ihr viel Succes aus dem radikal-liberalen Lager zufließen würde. Der Reichskanzler wird, das ist unsere Überzeugung, so lange er im Amt bleibt — und bei der Möglichkeit, seine Arbeitsfähigkeit des künftigen Hohenlohe zu erretten, erweise an einen nahen Antritt nicht zu denken — dem Kaiser nicht empfehlen, der vielfach hervorzuhebende Bestrebung, ein neues Sozialengesetz zu schaffen, Raum zu gewähren.“
Das klingt ja recht erfreulich, aber Herr Hohenlohe ist bereits ein alter Herr, der schwerlich noch im Amt ist, wenn der neue Reichstag seine fünf Jahre hinter sich hat. Und Herr v. Schimm und seine Anhänger werden in diesen fünf Jahren die Hände wahrlich nicht in den Hüfen legen! Es kommt daher überall darauf an, die rechten, nämlich entschiedenen liberalen, Männer zu wählen, wenn man vor Ueberforderungen geschützt sein will.

Zur künftigen Arbeiterfrage.

Um die wirklichen Ursachen der Abwanderung der Arbeiter vom platten Lande sind Regierung und Konservative wie die Roter um der heißen Drei herumgegangen. Da ist es denn erdrechtlich, zu vermuten, daß ein der Konservativen sehr nahe stehendes Organ, die Zeitchrift „Das Land“, den Witz findet, das Land beim rechten Namen zu nennen und wirksame Heilungsvorschläge — nicht solche à la Beschneidung der „Anwünsche der Freizügigkeit“ — zu machen. — Das „Land“ geht von dem ganz richtigen Gedanken aus, daß dem ländlichen Arbeiter nach jeder Richtung hin das Leben leichter und erträglicher gemacht werden müßte, dann würde sich von selbst die Liebe zur Heimat wieder einstellen.
„Die Grundfrage“, so heißt es in dem Aufsätze, „muß immer die materielle Fürsorge für die Arbeiter bleiben. Buntstück müssen die unzulänglichsten, ungesunden Wohnungen, wo die Möglichkeit dazu vorliegt, in gesunde, praktisch angelegte Räume umgewandelt werden.“
Aber nicht in dem modernsten „Pferchsystem“, wie in Industriegebieten, sondern unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten! Dem Arbeiter muß die Möglichkeit, eine Kuh, ein Schwein, Hühner oder Gänse zu halten und kein zu bauen, gegeben sein. Der allem muß die Güterbesitzfrage dahin streben, dem Landarbeiter seine Beschäftigung „leicht und bequem“ zu machen. Dabei wird auf das leuchtende Vorbild der Amerikaner hingewiesen. Wichtig ist ferner die Berücksichtigung moralischer Elemente, wie sie bei Entsetzten und verglichen sich geltend machen können. Gutsherr und Gutsherr sollen sich um die Schicksale der Tagelöhnerfamilien kümmern, an ihrem Leben möglichst persönlich Anteil nehmen und auch auf ihre kleineren Bedürfnisse eingehen.
„Mit dem äußeren Schein ist es allerdings nicht gethan“ — sagt der Verfasser sehr hübsch. Man soll aber auch neben der materiellen Wohlfahrt der geistigen volle Aufmerksamkeits schenken. Man muß sich daran erinnern, den ländlichen Arbeiter, der in Gesundheit und Deutlichkeit weit über dem städtischen steht, als vollwertiges Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu betrachten und ihm eine menschenwürdige Wohnung zu erteilen zu lassen.“
Das ist einmal eine vernünftige Stimme, die nur bei den Konservativen, wie wir sie kennen, kein williges Gehör finden

wird. Vielleicht befindet man jetzt sogar Herrn Schorner, den Leiter jener Zeitschrift, als verlorenen Sohn.

Parlamentarisches.

* Zu dem Entwurf eines Anerkennungsgesetzes für die Elsaß-Loren ist die „Politik. Kor.“: „Dem Vernehmen nach dürfte sich auch die Regierung den Gründen nicht verschließen, welche nach eingehender Prüfung des Ergebnisses der Kommissionsberatungen es rätlich machen, die Erledigung der Vorlage über die Einführung des Anerkennungsgesetzes in Weisungen und mehreren Kreisen der Rheinprovinz in Anbetracht der geringen, bis zum Schlußjahre für die Verfertigung stehenden Zeit der nächsten Legislaturperiode zu überlassen.“
* Die Kommission für die Aufhebung und Abänderung des Reichstagsgebäude wies am Freitag eine für die Rede im Sommer hergestellte Dekoration des Hauses Entschuldigend zurück. Es sollen von dem Haus nur neue erhaltene Verzierungen nicht mehr gemacht werden. Die Kommission will in jedem Falle um die Modelle und Entwürfe gehen und genehmigen, bevor Arbeiten zur Ausführung bestellt werden.
* In der bayerischen Abgeordnetenkammer brachte die Centrumspartei den Antrag ein, daß den Gemeinden gestattet werde, auf Lokalbahn- und Eisenbahnen sowie auf Bahndämmen, welche nicht zum Geschäftsbetrieb gehören, eine Steuer zu erheben. Die Regierung befaßt sich mit diesem Antrag gegenüber — und zwar mit Recht — ablehnend.

Zur Wahlbewegung.

* Der Wahlspruch der Centrumspartei ist am Sonntag erschienen. Er besagt das Fortbestehen des Jesuitengesetzes, rühmt, daß die zweiwöchige Dienstzeit erreicht sei ohne neue Steuern und zählt die anderen Ereignisse auf, denen die Partei zugestimmt hat. Bekannt wird, daß nur der Standpunkt, das Wohl aller Volksklassen zu fördern, Recht und Billigkeit nach allen Seiten verbürgt. Unzufriedenheiten der Partei hinsichtlich Ueberbrot gelassen, aber es im Anbetracht, um neuen Wahlspruch nicht an die Spitze für die Parteiverwaltung setzen lassen. Der Wahlspruch über neue Handelsverträge wird verurteilt. Für die Parteiverwaltung wird die Partei nicht in der Lage sein, die Sozialfrage nicht in der nächsten Periode fortzuführen. Die Centrumspartei keine fraktion zu sein.
* Wie in früheren Jahren hat zwar auch in dieser Session es sich nicht vermeiden lassen, daß in wichtigen Fragen die Fraktion nicht in voller Einigkeit stimmte. Auch beim Sozialengesetz war die Fraktion in Ziele einig, aber nicht in der Erreichung des Zieles.
Es geschieht also dem Meinungsverschiedenheiten beim Sozialengesetz Erwähnung. Streitige Einzelfragen aber dürften niemals einen Grund abgeben, um den Bestand oder die Einigkeit der Fraktion zu beeinträchtigen.
* Die Politik der Sammlung besetzt die Bedeutung des Centrums aus seiner ausschlaggebenden Stellung im Reichstag.
Die Lehren des Kulturkampfes dürften vergeffen werden.
* Der Kampf gegen den Glaubenshofs und die Maßnahmen der Sozialdemokratie, gegen den freidenkerlichen Liberalismus gegen den Sozialismus, welcher einer einheitlichen Zukunftspolitik sich nicht verweigert und sein Ziel in der Beschränkung der Freiheiten und Rechte des Volkes findet, erfordert nach wie vor den Bestand der Centrumspartei.
* In Baden ist die „Sammlung“=Politik genau so in die Brüche gegangen wie — anderswo auch. Eine ergiebige Schilderung hierzu findet sich in der „Kreuztg.“, der man aus Karlsruhe schreibt:
„Die Politik der „Sammlung“ ist in unserem Land durch die Nationalliberalen unendlich gemacht worden. Durch dieselben stellen nämlich in dem bisher vom Grafen Donatus vertretenen 13. badischen Wahlkreis, dem einzigen, den die Nationalliberalen in Baden besitzen, unter eigenen Namen liberalen Kandidaten auf, nämlich den Major Schönbörn. Dadurch sind die Konservativen so erbittert worden, daß sie nun auch in solchen Wahlkreisen, wo sie nicht in die Stichwahl kommen können, eigene Kandidaten aufstellen (in Karlsruhe-Weinthal den Herrn Emil v. Stöckhorst-Freiburg), und daß jetzt wenigstens durch ihre Methoden fast wie auf einem Weg die Worte nicht, auch in der Stichwahl für keinen Nationalliberalen zu stimmen. Das Vorgehen der Nationalliberalen ist um so unbegreiflicher, da sie in fast keinem Wahlkreis ohne die Hilfe der Konservativen liegen können, namentlich nicht in Karlsruhe, Pforzheim, Heidelberg, Gelnhausen. Die Aktiven wollen in mehreren Wahlkreisen Kandidaten aufstellen, mit einiger Aussicht auf Erfolg aber nur in Heidelberg, wenn ihnen hier die Konservativen helfen werden; letzteres natürlich nur, wenn die Aktiven davon ablassen, im 13. Wahlkreis, wo der Kandidat der Konservativen und des Bundes der Landwirte Herr Bude in einem eigenen Kandidaten aufstellen.“
* Für die Reichstagswahlen hat die nationalliberale Partei am 28. April in Karlsruhe angekündigt; in 16 Kreisen ist die Wahlbewegung unmittelbar vorüber.
* In Gartzach beschloß eine Vertretungsmänner-Versammlung der nationalliberalen Partei: „Das öffentliche und politische Auftreten des Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Dietrich Gahn widerspricht den Ansprüchen der nationalliberalen Wähler des 19. hannoverschen Wahlkreises und protestieren deswegen gegen den Wählerausdruck des nationalliberalen Namens eines Vertreters. Wir halten das in Dresden, zum allgemeinen Komitee nicht für berechtigt, namens der nationalliberalen Partei Herrn Dr. Gahn als deren Reichstagskandidaten für den 19. hannoverschen Wahlkreis aufzustellen und protestieren gegen dieses Vorgehen. Wir erklären ferner im Einverständnis mit dem Centralbureau der Partei, daß jedes Komitee keinerlei Berechtigung besitzt, sich fernerhin noch als nationalliberaler Centralkomitee des 19. hannoverschen Wahlkreises zu bezeichnen, und daß als solches von jetzt an einzig und allein das heute in Guxhagen von Vertretungsmännern des ganzen Wahlkreises einstimmig erwählte

